

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. November 1957

186/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r, K a n d u t s c h, Dr. P f e i f e r, S t e n d e b a c h, Dr. Z e c h n a n n und Z e i l l i n g e r an die Bundesregierung, betreffend die Lage in Südtirol.

-.-.-.-.-

Die mächtige und die Notlage der deutschen Volksgruppe im Südtirol eindrucksvoll aufzeigende Kundgebung der Südtiroler am vergangenen Sonntag vor den Toren Bozens hat mit folgendem leidenschaftlichen Appell an Österreich geendet: "Das Südtiroler Volk appelliert an Österreich, das im Pariser Vertrag den Schutz der Südtiroler Volksgruppe übernommen hat, sich mit ganzer Kraft und allen Mitteln für die beschleunigte Erfüllung dieser Forderung einzusetzen."

Die bisher von der Bundesregierung in dieser Frage geführten Verhandlungen mit der Regierung Italiens haben das elementare Anliegen der Südtiroler Volksgruppe um keinen Schritt weitergebracht. Für die österreichische Regierung besteht nunmehr die Pflicht, aus dieser Sachlage die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Diese können nur darin bestehen, das Recht der Südtiroler Bevölkerung auf eine echte Autonomie und auf Einstellung der mit allen Mitteln geförderten Italienisierung Südtirols, die mit dem Sinn und Zweck des Pariser Abkommens in schärfstem Widerspruch steht, vor das geeignete internationale Forum zu bringen.

Es ist weder mit den Idealen der freien Welt noch mit den Bestrebungen nach einem geeinten Europa zu vereinbaren, dass der italienische Staat eine um ihre elementaren Rechte kämpfende Volksgruppe mit schwer bewaffneten Polizei-truppen zu unterdrücken sucht.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, dem Wunsche der Südtiroler Volksgruppe Rechnung zu tragen und das Problem Südtirol ehestens dem hiefür geeigneten Forum zur Behandlung vorzulegen?

-.-.-.-.-